

II-10775 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5293 /J

1993 -07- 15

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Schwimmer  
und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend den "österreichischen Beitrag zur Finanzierung des UNICEF-Programms für Kinder im ehemaligen Jugoslawien"

Der Krieg im früheren Jugoslawien ist der schwerste Konflikt in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Hunderttausende unschuldige Menschen leiden unter der Politik der "ethnischen Säuberungen". Die Kinder sind dabei die am wenigsten geschützten Personen und daher immer die ersten Opfer.

Durch ihr Mandat beauftragt, versucht die UNICEF das Leid aller Kinder in diesem Konflikt, ungeachtet ihrer Nationalität oder Religion, zu lindern.

Für diese Aufgabe errichtete die UNICEF im November 1991 Büros im ehemaligen Jugoslawien mit einem Stab von Spezialisten auf dem Gebiet der Logistik, Gesundheit, Erziehung, Hygiene und Kinderpsychologie. Dazu kommt ein Netz von Sammelstellen und Hilfslieferungen u.a. bis nach Sarajewo.

Von November 1992 bis Februar 1993 konnte die UNICEF 600 000 Kinder mit ihrem Überwinterungsprogramm erreichen und ihnen somit das Leben retten.

Der Beitrag des nationalen österreichischen UNICEF-Komitees aus privaten Spenden ist mit 223 828 US-\$ im Vergleich mit Deutschland, Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich durchaus sehenswert, wenn er auch im Vergleich zu Italien und zu den Niederlanden nicht direkt an der Spitze liegt.

In der Veröffentlichung der "UNICEF IN FORMER YUGOSLAVIA" scheint aber kein finanzieller Beitrag der österreichischen Bundesregierung zum humanitären Hilfsprogramm der UNICEF für die Kinder im ehemaligen Jugoslawien auf.

Angesichts der Tatsache, daß das sicher eines der wichtigsten Hilfsprogramme für die notleidenden Kinder im ehemaligen Jugoslawien darstellt,

stellen die unterfertigten Abgeordneten daher an den Bundeskanzler folgende

ANFRAGE

1. Entsprechen die veröffentlichten Zahlen in Bezug auf die österreichischen Leistungen den Tatsachen?
2. Wenn ja, warum hat die österreichische Bundesregierung keinen Beitrag geleistet?
3. Ist daran gedacht, dieses UNICEF-Programm künftig zu unterstützen?